

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/63

Bonn, den 1. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Ein Appell und sein Echo</u> SPD-Parteivorstand - junge Sozialdemokraten	46
2	<u>SCHWEDEN</u> Von Tage Eriander zu Olaf Palme	36
3 - 4	<u>Eine alte Tradition der Freien und Hansestadt Hamburg</u> Stiftungen und testamentarische Zuwendungen für wohltätige Zwecke Von Gabriele Ruhr	97

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute!

Interview mit Staatssekretär Jahn
Keine Entscheidung vor einem Friedensvertrag
Werner zur Budapester Erklärung
Als Demokraten historisch und rechtlich argumentieren
Niedersachsen für Leistungsgesetz
Bundesjustizminister Ehmke starrt aus Danzig

Ein Appell und sein Echo

SPD-Parteivorstand - junge Sozialdemokraten

sp - Der Appell des SPD-Parteivorstandes an die jungen Sozialdemokraten und die Jungsozialisten in der SPD hat in der deutschen Öffentlichkeit eine starke und meist positive Beachtung gefunden. Hier und dort sind jedoch auch Stimmen laut geworden, die besagen, dieser Appell sei ein "Manöver im Vorfeld der Bundestagswahl", also lediglich der Versuch, bestehende Meinungsverschiedenheiten durch gutes Zureden zu überbrücken.

Eine solche Interpretation ist nicht korrekt. Seit jeher, und nicht nur vor Wahlen, wird in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine faire Auseinandersetzung um den einzuschlagenden Weg ihrer Politik geführt. Die Diskussionsfronten gehen und gingen jedoch niemals klar abgegrenzt zwischen jungen und älteren Sozialdemokraten; sie verliefen je nach Temperament, Einsicht und Engagement in der praktischen Politik entlang aller Altersstufen. Auch regional gab und gibt es immer wieder Unterschiede bei der Betrachtung sozialdemokratischer Politik durch Sozialdemokraten selbst. Was z.B. in einem bayrischen Bezirk outgeheißen wird, muß in Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen nicht unbedingt die gleiche Zustimmung finden. Aber unabhängig davon sind die Kongresse der Gesamtpartei mit ihren Mehrheitsbeschlüssen die Grundlage für sozialdemokratische Politik. Wer auf diesen Parteitag mit seiner Auffassung in der Minderheit blieb, reichte sich in die Gemeinschaft der Gesamtpartei ein. Nur so war es stets möglich, eine große demokratische Organisation mit über 700.000 Mitgliedern wirkungsvoll und geschlossen in die Auseinandersetzung um den besseren Weg der Politik unseres Volkes zu führen.

In jeder gesellschaftlichen Gruppierung, die nach demokratischen Grundsätzen wirkt, gibt es Personen oder Gruppen, die sich an einem bestimmten Punkt ihrer eigenen und auch in der Entwicklung der Gesamtorganisation nicht einfügen wollen oder können. Sie stehen dann vor einer Gewissensentscheidung, die ihnen niemand abnehmen kann. Entweder entschließen sie sich, die Gemeinschaft in der Aktion zu unterstützen oder sie sind bereit, diese Gemeinschaft von außen her anzugreifen. Auch mit den letzteren wird man weiterdiskutieren. Nur kann man von einer Partei wie der SPD nicht verlangen, daß sie zu Gunsten von Außerstehenden das Prinzip der Solidarität, jenes verbindenden Elements, das in einer demokratischen Organisation die einzig haltbare Plattform für das Durchstehen eines Kampfes mit anderen politischen Kräften ist, aufgibt.

Auf die aktuelle Situation bezogen heißt dies: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist, entsprechend ihrer Tradition, offen für jede Diskussion, deren Ziel es bleibt, die Kampfkraft der Organisation zu stärken und einer von der Mehrheit beschlossenen Politik zum Siege zu verhelfen. Der Mitte April in Bad Godesberg stattfindende außerordentliche Bundesparteitag wird erweisen, daß die überwältigende Mehrheit der Partei, vertreten durch ihre Delegierten, dieses Prinzip anerkennt.

+ + +

SCHWEDEN

Von Tage Erlander zu Olaf Palme

sp - Im Herbst 1970 finden in Schweden Reichstagswahlen statt. Falls die Sozialdemokraten wieder den Sieg davontragen, wird der 42jährige Kultusminister Olaf Palme Nachfolger des weit über Schweden hinaus hoch angesehenen Staatsministers Tage Erlander.

Zum ersten Mal wird Schweden im nächsten Jahr einen Ein-Kammer-Reichstag wählen. Aufgrund von Verfassungsänderungen hat Schweden das Zwei-Kammer-System abgeschafft. Viele Jahre hindurch konnte Tage Erlander nur mit Hilfe der zweiten Kammer, in der die Sozialdemokraten aus den Gemeinden das Übergewicht hatten, regieren.

Die große Überraschung im letzten Herbst war es, daß bei der Wahl der ersten Kammer die schwedischen Sozialdemokraten den größten Sieg in ihrer Geschichte davontrugen und seitdem mit einer breiten absoluten Mehrheit regieren können. Vor allem Olaf Palme ist es zu verdanken, daß die schwedische Sozialdemokratie etwa 70 Prozent der 600.000 Jung- und Neuwähler (bei herabgesetztem Wahlalter) an sich ziehen konnte.

Tage Erlander hat zu erkennen gegeben, daß er nun, nach dem größten Sieg seiner Partei, von der politischen Bühne abtreten will. Der auf internationalem Parkett hochgeachtete schwedische Finanzminister, der vom Gartenarbeiter zum Wirtschaftsprofessor aufgestiegene Gunnar Sträng, 62 Jahre, hat bereits zu erkennen gegeben, daß er nicht Staatsminister werden, wohl aber Olaf Palme zur Seite stehen will.

Tage Erlander selbst wirkt darauf hin, daß Palme, der eine baltendeutsche Mutter hat und fließend Deutsch spricht, außerdem den verdienten Außenminister Torsten Nilsson und die Abrüstungsministerin Alva Myrdal zur Seite behält. Auf diese Weise wollen die Sozialdemokraten die Kontinuität wahren und sich gleichzeitig zur jungen Generation geöffnet darstellen.

Nach dem Stand der Dinge dürften die schwedischen Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl im nächsten Jahr in der einzigen Kammer wiederum die absolute Mehrheit gewinnen. Jedenfalls zeigen sich gerade in diesen Wochen wiederum tiefe Risse in der Front der drei bürgerlichen Oppositionsparteien. Bei der Wahl im letzten Sommer hätte man sich notdürftig auf ein Programm geeinigt, aber inzwischen ist die gemeinsame Front wieder zerbrochen.

+ + +

Eine alte Tradition der Freien und Hansestadt Hamburg

Stiftungen und testamentarische Zuwendungen für wohltätige Zwecke Von Gabriele Ruhr

Wohltätige Stiftungen haben in Hamburg eine alte Tradition. Unter über 300 privaten Stiftungen, die heute ihren Sitz in Hamburg haben, befinden sich 375 als "milde Stiftungen" bezeichnete wohltätige Stiftungen, die in wirtschaftlicher Hinsicht von der Arbeits- und Sozialbehörde beaufsichtigt werden. Die ältesten der noch heute bestehenden caritativen Stiftungen, das "Kloster St. Johannis" und die Stiftung "Gast- und Krankenhaus" wurden in den Jahren 1246 und 1248 errichtet. Allein seit 1945 wurden 96 "milde Stiftungen" neu begründet, ein Ausdruck der noch immer vorhandenen Stiftungsfreudigkeit der Hamburger. Hamburger Bürger erbringen damit auch heute noch auf dem Gebiet der freien Wohlfahrtspflege große Leistungen für ihre Mitbürger. Die Stiftungen und testamentarischen Zuwendungen für wohltätige Zwecke bilden einen Teil dieser freien Wohlfahrtspflege, der in der Öffentlichkeit nicht so bekannt ist, wie die Arbeit mancher großer Organisationen.

Die Zwecke der milden Stiftungen sind mannigfaltig. Die Mehrzahl unterstützt allgemein Bedürftige. Einige Stiftungen gewähren den in Not befindlichen Angehörigen einzelner Religionsgemeinschaften oder bestimmter Berufsgruppen Hilfe. Firmenstiftungen bedenken alte oder bedürftige ehemalige Firmen- oder Betriebsangehörige, Familienstiftungen die bedürftigen Mitglieder der Stifterfamilie. Ganz überwiegend dienen die Stiftungen dem Wohl alter Menschen; doch kommt auch die Jugend, sei es durch die Betreuung körperlich oder geistig behinderter Kinder, sei es durch die Förderung der Ausbildung jugendlicher oder durch die Gewährung von Stipendien, eine Vielzahl von Einrichtungen zugute.

Die wohltätigen Stiftungen gewähren dem von ihnen unterstützten Personenkreis nicht nur einmalige oder laufende Geldzuwendungen; viele verfügen auch über Wohnungen, Alten- und Pflegeheime, Krankenanstalten und Erholungseinrichtungen, in denen eine größere Zahl bedürftiger oder minderbemittelter Mitbürger Unterkunft findet, gepflegt wird oder sich erholt. Während die Krankenhäuser und Erholungsheime allen Altersgruppen dienen, nützen die Wohnungen, Alten- und Pflegeheime ganz ausschließlich den alten Menschen. Ihnen wird, wenn sie noch selbst wirtschaften können, eine abgeschlossene Wohnung geboten. Sind sie nach ihrer körperlichen oder geistigen Verfassung nicht mehr in der Lage, für sich selbst zu sorgen, können sie in betreuten Altersheimen ein Zimmer erhalten und nach Wunsch an der Gemeinschaftsvorpflegung teilnehmen. Die Siechen werden in den Pflegeheimen betreut. Das Entgelt, das hierfür zu entrichten ist, ist weit niedriger als in den entsprechenden Einrichtungen gewerblicher Art. Die Stiftungen dürfen, um ihre Steuerbefreiung nicht zu gefährden, etwaige Gewinne ohnehin nur für satzungsgemäße Aufgaben verwenden oder, wenn und solange dies erforderlich ist, diesen Gewinn einer Rücklage zuführen, bis der steuerbegünstigte satzungsmäßige Zweck nachhaltig erfüllt werden kann. Daher fordern die Stiftungen von ihren Bewohnern in der Regel nur einen kostendeckenden Unkostenbeitrag.

Welches Vermögen hier in den Dienst der Allgemeinheit gestellt ist und welche Leistungen durch diese milden Stiftungen erbracht werden, lassen die folgenden Zahlen erkennen:

- * Am 31.12.1967 umfaßte der Grundbesitz 11.331.051 qm.
- * Die Anlagewerte beliefen sich auf insgesamt 274.031.315,--DM
- * Die in dieser Zahl enthaltenen Gebäude sind - um ihrem tatsächlichen Wert besser Rechnung zu tragen - nicht mit dem Buchwert, sondern mit dem derzeitigen Sachwert eingesetzt worden
- * Die milden Stiftungen verfügten über ein Umlaufvermögen von 35.174.227,--DM
- * Die Barzuwendungen beliefen sich im Jahre 1967 auf 8.127.927,--DM mit denen unter anderem 8.233 Personen und 132 Organisationen begünstigt wurden.
- * Die wohltätigen Stiftungen gewährten insgesamt 11.936 alten Menschen Unterkunft; die Zahl der zur Verfügung gestellten Wohnungen belief sich auf 6.319

Mit ihren Leistungen stellten diese Stiftungen eine wesentliche Ergänzung der staatlichen Sozialarbeit und der Tätigkeit der Freien Wohlfahrtspflege dar. Hierfür gebührt nicht nur den Stiftern, sondern auch den Stiftungsvorständen Dank, die ihre Tätigkeit meist ehrenamtlich ausüben und sich dieser Mühe lange Jahre hindurch unterziehen.

Die wirtschaftliche Aufsicht über die erwähnten milden Stiftungen ist der Arbeits- und Sozialbehörde von der Senatskanzlei, die die staatliche Aufsicht ausübt, übertragen worden. Diese Aufsicht ist eine in der Vergangenheit begründete Einrichtung, die ihre heutige gesetzliche Regelung in dem Hamburgischen Ausführungsgesetz zum BGB in der Fassung vom 1.1.1958 gefunden hat. Es stellt der Aufsichtsbehörde die Aufgabe, sich über die Angelegenheiten der Stiftungen zu unterrichten und dafür zu sorgen, daß eine ordnungsgemäße Verwaltung der Stiftungen sichergestellt ist. Damit sind die Eingriffsmöglichkeiten des Staates auf ein Mindestmaß beschränkt. Es wird in die Selbstverwaltung der Stiftung lediglich dann eingegriffen, wenn sich ein Mangel oder Mißbrauch gezeigt hat.

Es werden jedoch nicht nur Stiftungen errichtet, die einen ganz bestimmten Stiftungszweck verfolgen. Hamburger Bürger vermachten nicht selten testamentarisch einen Teil ihres Nachlasses, auch häufig ihr gesamtes Vermögen, den "Armen der Stadt Hamburg" oder "der Sozialbehörde für die Armen der Stadt". Bei diesen Erblassern handelt es sich keineswegs nur um sehr vermögende Bürger. Oft sind es Nachlässe von wenigen Mark, die nach dem Willen der Erblasser guten Zwecken zufließen sollen. In anderen Fällen jedoch gehören Grundstücke oder sonstige Anlagewerte zum Nachlaß, die einen beträchtlichen Wert darstellen. Diese Mittel fließen nicht in den Haushalt der Arbeits- und Sozialbehörde, sondern nach dem Gesetz über die Wohlfahrtsbehörde vom 12.5.1920 - sofern nicht ein bestimmter Zweck vorgeschrieben ist - in den von der Arbeits- und Sozialbehörde verwalteten Spezialfonds. Er wurde von Senat und Bürgerschaft im Jahre 1898 als öffentliche rechtsfähige Stiftung gegründet und dient in erster Linie den Zwecken vorbeugender Fürsorge, und zwar in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und erziehlischer Hinsicht